

den Klassenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterhaltungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

Arbeiter Deutschlands! Es ist höchste Zeit!

Jetzt nach der Wahl wird der Klassenfeind versuchen, uns alle zu überrumpeln.

Bereinigt euch mit uns

und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banden. Wenn wir die

Einheitsfront des Kampfes

bilden, dann wird der Angriff auf die Löhne und Unterhaltungen an der Kraft der deutschen Arbeiterklasse scheitern.

Kommunistische Partei Deutschlands
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands

Abreise der deutschen Arbeiterdelegation nach Moskau

Beim Bund der Freunde der Sowjetunion wurden mehr Delegierte gemeldet, als für die Delegation vorgesehen sind. Die am 1. Mai nach der Sowjetunion fährt. Besonders erfreulich ist es, daß die Großbetriebe bei der Entsendung von Delegierten in vorderster Front marschieren. Es wurden Delegierte gewählt bei Digi, Daimler Benz, Rheinmetall (Düsseldorf), von den Gewerkschaften Berlins, den Hafenarbeitern von Hamburg Bremen, Lübeck, von den Eisenbahnern in Königsberg und zahlreichen anderen Eisenbahnen, in der UEG-Treptom, bei Seidel & Haumann, Dresden, in einer Reihe großer Betrieben des Ruhrgebietes und noch vielen anderen Betrieben. Aus dem Ruhrgebiet fahren etwa 7 Delegierte, aus Thüringen 6, aus Berlin ebenfalls 7, Sachsen 5, Ostpreußen 3 Delegierte usw.

Die große Bewegung für die Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion hat erneut gezeigt, daß die deutsche Arbeiterklasse sich nicht von den Hehern und Kriegstreibern gegen die UdSSR einfangen lassen will. Die Delegierten werden nach ihrer Rückkehr den Arbeitern in zahlreichen Versammlungen die Wahrheit über die Sowjetunion berichten. Sie werden sich auch überzeugen von der Friedenspolitik der Sowjetunion und werden mitteilen, die Front zur Verteidigung der Sowjetunion gegen alle Feinde und jeden Angriff zu verbreitern und zu stärken.

Kommunistischer Erfolg in Boizenburg

Bei der am Sonntag durchgeführten Stadtverordnetenwahl in Boizenburg erhielten:

| | |
|---------------------|--|
| Kommunisten | 664 Stimmen, 3 Siege (früher 2 Siege) |
| Sozialdemokraten | 839 Stimmen, 4 Siege (früher 3 Siege) |
| Bürgerliche | 546 Stimmen, 2 Siege (früher 2 Siege) |
| Nationalsozialisten | 1152 Stimmen, 6 Siege (früher 3 Siege) |
| Bürgerliche Mitte | — Stimmen, — Siege (früher 1 Sieg) |

Das Wahlergebnis stellt einen Erfolg der Kommunisten dar, die von der SPD ein Mandat gewinnen konnten.

Auf Schleichwegen zu neuem Lohnabbau

Befürhungen der ADGB-Bonzen mit Unternehmer über „gesetzliche Arbeitsförderung“

Am 29. April sollen im Reichsarbeitsministerium Stögerwalde Besprechungen zwischen den Unternehmervertretern und der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie stattfinden, in denen die Frage der Arbeitszeitverkürzung behandelt werden soll. Die bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“ erklärt befriedigt, daß eine neue Notverordnung geplant sei, in der festgelegt werden soll:

- In einigen Industrien, in denen die geringsten technischen und betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegenstehen, soll die Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabgesetzt werden — ohne Lohnausgleich.
- Für verschiedene Industriezweige und Betriebe wird die Arbeitszeit nicht herabgesetzt.
- Für alle Industrien und Betriebe ohne Ausnahme gilt eine Bestimmung, wonach „bei plötzlichen Auftragsrückgängen“ und allen möglichen anderen Fällen die Arbeitszeit nach Wunsch des Unternehmers verlängert werden kann. Es ist somit ganz klar, um was es da geht: Wo es den

Frecher Vorstoß japanischer Truppen nach der sowjetrussischen Grenze

Erneute Verhaftung von 56 Sowjetbürgern in Chargin

Moskau, 25. April 1932 (Eig. Drahtbericht)
Die von Japan benutzten „Banditen“ in der Mandchurei arbeiten ebenso gut wie die Weichgardisten. Gegenwärtig haben die japanischen Truppen unter dem Vorwand der „Banditenverfolgung“ von Chargin südwärts in Richtung Bladwojstok vor, nordwärts von Tschifka auf Singowjelschensk.

Gleichzeitig wurden die weichgardistischen Provokationen benutzt, um in Chargin erneut 56 Sowjetbürger zu verhaften. Es wurde festgestellt, daß die Verhaftungen laut Listen vorgenommen wurden, welche von der japanischen Gendarmrie auf dem Befehl des japanischen Statthalters Taji der chinesischen Polizei in Chargin übergeben wurden. Bezugsnehmend ist der Umstand, daß die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ausschließlich von weichgardistischen Polizeilieganten vorgenommen wurden.

Der japanische Oberbefehlshaber Sano soll nach Chargin reisen, um die Operationen persönlich zu leiten. Gleichzeitig wird gemeldet, daß der weichgardistische Führer Semjonow sich schon eingeschiffert hat, um in Dscha mit der japanischen Kriegsmarine Kontakt zusammenzutreffen.

Kreml äußerte in einem Interview, daß „Japan sich recht bald gewöhnen werden würde, sich zu weigern, die Beschlüsse zu fassen, Japan werde sich nicht von seinem Weg abbringen lassen“.

Die Preußenwahlen im Spiegel der bürgerlichen Presse:

Vor der Koalition des Zentrums mit den Nazis

Die Sozialfaschisten bereiten die Tolerierung Hitlers vor

Die gestrige Ausgabe der Dresdner Volkszeitung schickt den Resultaten der Länderwahlen vom Sonntag einen sehr langen Artikel voraus, um ihre Leser unter der nichts- und alles sagenden dreispaltigen Schlagzeile „Der Tag der Landtagswahlen“ auf das vorzubereiten, was dieser Tag in das unmittelbare Reich sozialdemokratischer „Kleinere-Nebel“-Politik gerückt hat.

Nach einer reichlichen Epistel vom „abgeschlagenen Sturm“, mit der die Leser nach altem Brauch mit Zahlen besoffen gemacht werden, kommt das Blatt zu folgendem Ergebnis: Die Kommunisten haben verloren, während sich die SPD „im großen und ganzen“ gut geschlagen hat. Und dafür gibt's folgende Begründung:

„Die Erklärung für diesen Mißerfolg (der SPD d. Red.) ist dieselbe wie am 10. April: kommunistische Wählerflucht zu den Nazis. Möglicherweise auch, daß ein Teil zur Sozialdemokratie übergegangen ist, die jedem nächsten denkenden Autoritätswort Wähler als entscheidendste Bekämpferin des Faschismus erscheinen muß.“

In dem zahlenmäßigen Ergebnis nun steht die „kommunistische Wählerflucht“ folgendermaßen aus: Die SPD gewann in Preußen seit den Landtagswahlen 1928 genau 382 442 Stimmen, was, und das sprechen wir mit aller Deutlichkeit aus, der Situation entsprechend noch keinesfalls genügt. Aber in der gleichen Zeit hat die SPD in Preußen 789 824 Stimmen verloren und da sie das nicht ableugnen kann, erklärt sie im Gegenjah zu der oben zitierten frechen Verleumdung an anderer Stelle deselben Artikels:

„Es wäre billig, sich darüber hinwegzusetzen mit der Tatsache, daß die Nazis ihren Hauptgewinn aus dem völligen Zusammenbruch der Rechtsparteien ziehen. Sie haben diesmal zweifellos auch Wählermassen an sich gezogen, die vom Sozialismus zwar nicht völlig erfährt werden, aber zu seinen Mandatgebieten gehören.“

Wenn die Kritikschrift der Volkszeitung von „Sozialismus“ reden, dann meinen sie fälschlicherweise immer die Sozialdemokratische Partei, deren Politik manche Arbeiter in mangelnder Erkenntnis der Klassenlage den Hitlerfaschisten in die Arme getrieben hat. Denn der heillosste Klassenverrat der SPD hat Vertätigte in ihrer Verzweiflung zu den Nazis geführt, die nur durch verstärkte revolutionäre Arbeit der Kommunisten aus der falschen Front wieder herausgerissen werden können.

Jugendbergs Dresdner Nachrichten schreiben gestern früh:

„Da die Nationalsozialisten von einer absoluten Mehrheit immerhin noch erheblich entfernt sind, kann die Beteiligung der Nationalsozialisten natürlich nur in Form einer Koalitionsregierung geschehen, bei der sich die Gruppen der Rechten mit dem Zentrum in irgendeiner Form, die die politische Entwicklung ergeben wird, zusammenfinden müssen.“

Das ist im allgemeinen eine Kombination, die bei zahlenmäßiger Betrachtung des Wahlergebnisses für jeden ohne mei-

teres Nat auf der Hand liegt, zu deren Aufstellung aber keine Wahlen notwendig gewesen wären, denn die SPD hat bereits seit Monaten darauf hingewiesen, daß der Weg nicht aus in aber das gleiche Blatt bereits parteilose Zusammenfassungen der auscheidenden Parteien. Die Nachrichten schreiben:

„Die erste politische Partei, die zum Wahlergebnis Stellung genommen hat, sind die Nationalsozialisten. Sie besprechen die Nachfolge Brauns. Eine offizielle Erklärung des preußischen Fraktionsführers Ruhe besagt: Die Nationalsozialisten seien bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Herkommen erfülltes und von kräftigem Geist und edelstem Preußen wolle. „Wir weisen niemand zurück.“

Diese von echt sozialdemokratischem Geist getragenen Worten führen, mit denen auch Braun und Seegering gegen das wertvolle Volk regiert haben, werden dann gleich durch folgende Verlautbarung ergänzt, die gleichfalls von den Nazis nicht veröffentlicht werden:

„Auch der Vorstand der preußischen Zentrumspartei veröffentlicht eine Kundgebung, in der es heißt: Die neuwahle Koalition werde getreu dem Programm und der Überlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtag des Jahres ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkstut und einer gesunden Volkswirtschaft leben. Sie sei bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen seien. Im Zentrumskreis wird mit Befriedigung betont, daß das Zentrum wie bisher so auch jetzt die Schlichtung innehat und damit die Gewähr für einen stetigen und verfassungsmäßigen Verlauf der Dinge gegeben ist. Aufgabe der Rechtsgruppen sei es nunmehr, zu erklären, ob sie weiterhin in ihrer bisherigen Opposition verharren, oder ihre negative Opposition aufgeben wollten und sich auf dem Boden der Verfassung zur politischen Mitarbeit bereit seien.“

Und um die Liste der Koalitionsbereiten einigermassen zu ergänzen, läßt das Jugendblatt auch den bisherigen Parteivorsitzenden preußischen Abgeordneten Riedel mit folgender Zustimmung zu Worte kommen:

„Man sollte als überzeugter Demokrat aus dem Wahlergebnis die richtige Lehre ziehen und jetzt den Rechtsgruppen die Regierung überlassen, auch auf die Gefahr hin, daß ein entsprechender Austausch im Reich eintreten würde.“

Was das alles mit der SPD zu tun hat? Nun, sie erheben nicht minder Anspruch darauf, „überzeugte Demokraten“ zu sein. Und sie wissen gleich Riedel, daß die Länderwahlen in „Automesse“ der von ihnen tolerierten Brüningregierung sind. Dazu aber hat kein Geringeres als Seegering erklärt, daß die SPD auch eine solche Koalition tolerieren wird. Und in der Praxis ist das die Schiedspolitik der faschistischen SPD, nur um eine Stufe weiter vorgeht auf dem Wege zur faschistischen Kapitaldiktatur.

Dahin geht die Reihe, das müssen nun endlich die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen; dürfen sich nicht immer wieder von den eifrigsten Betrugsmanövern ihrer Führer täuschen lassen, sondern aus der Entwicklung lernen, daß die Kommunisten tausendmal recht haben, wenn sie erklären, der Faschismus kann nicht im Parlament geschlagen werden, sondern muß von den letzten Massen der Vertätigten in roter Einheitsfront, von Petitionen und Stempelstellen aus durch den kompromißlosen Klassenkampf besiegt und überwunden werden. Und bei diesem Kampf um den Sozialismus stehen die sozialdemokratischen Führer als Zwillingbrüder der Hitlerfaschisten jenseits der Barrikaden!

Rampf gegen Hitler auf der ganzen Linie

So bereiten Hitler und das Zentrum die gemeinsame Koalition als Vorstufe für die Erweiterung der Brüningregierung vor. Und wir erinnern die nationalsozialistischen Anhänger noch einmal nachdrücklich daran, daß Hitler und sein Minister mit denselben Brünningmethoden der Notverordnung und des Beschlusses Schandverträge regieren werden. Kein anderer als Hitler selbst hat das unmittelbar vor dem ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl dem amerikanischen Journalisten Kuleboder gegenüber noch einmal nachdrücklich betont, indem er erklärte, daß er gar nicht daran denke, die Notverordnungen aufzuheben und die internationalen Verträge zu zerreißen, wenn er in die Regierung komme.

Die Erklärung der Nazis zur Koalitionsbereitschaft schließt mit dem großmäuligen Satz:

Der kommende preussische Ministerpräsident wird von Adolf Hitler bestimmt.

Das heißt zu gut deutsch, daß Adolf Hitler nach dem Absturz der Finanzbourgeoisie und nach Fühlungsnahme mit der Reichsregierung einen Mann nominieren wird, der in dieser Hinsicht die Preußenpolitik verwalte.

Der gestrige Abendvortrag erkennt das prinzipielle Recht der Nazis zum Regierungsantritt ausdrücklich an und erklärt in der Linie des Staatspartellers Riedel:

„Ohne Rücksicht auf haarsträubliche Erwägungen kann es ein Gebot der politischen Klugheit sein, sie (die Nazis) zu der Macht heranzulassen, noch ehe sie Mehrheit geworden ist.“

Als Voraussetzungen erklärt der „Vorwärts“, daß die SPD „dann wirklich eine politische Partei“ sein müsse, und die Macht „nicht zu ungeheuerlichen, verfassungswidrigen Zwecken“ benützen dürfe. Voraussetzungen, die der „Vorwärts“ als noch nicht gegeben ansieht.

Aber das ist nicht entscheidend — entscheidend ist, daß die SPD-Führer grundsätzlich bereit sind, den Kapitalismus unter Hitler an die Macht zu lassen, gemäß den von ihnen selbst aufgestellten „Spielregeln der Demokratie“. Und das entspricht nicht nur der Generallinie der SPD, außerparlamentarisch wird auch nichts gegen die Nazis zu unternehmen, sondern sie zu legalisieren und durch die Bekämpfung des Klassenbewußtseins der proletarischen Hitler zu helfen, sein Halbkreuzbanner zu entrollen.

Wir unterseits erklären, daß die Kommunisten auf die „Spielregeln der Demokratie“ pfeifen, wenn es gilt, Hitler parlamentarisch von der Macht fernzuhalten. So wie wir auf der Straße, dem Stempelstempel und Betreten der Parteibüro der proletarischen Kraftentfaltung gegen die Halbkreuzer sind, wird auch unser parlamentarisches Vorgehen unter keinen Umständen einen Kampf gegen die Hitlerpartei demonstrieren; es ist nur unser Kampf gegen die Halbkreuzer, die den Weg und dem Halbkreuz alle Positionen in Polizei, Justiz und Verwaltungsgewalt überlassen.

Drohun

ungen eine
staden, 21. M
illerums, der
halt, ließ folgen
ten:

„Die Regleru
merkel Absicht
wurde jedesmal
Abwehr nicht
die Absicht au
noch kann es z
haben und den
glichen dem Zuf
was kann leicht
Japan und de

Japan und de

Japan

Tokio, 25. M
weil der Eisenb
schiff „Toku“
in Streitenden w
mit die Gesellsch
nungen der Arbeit
lung des Volkes
ung der Arbeiter,
Die Arbeiter d
der Kommunist
weil selbst jedes
revolutionären
Errede war voll
Die Reglerunge
n äußerst befohl
betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.

betrieben.